

Dieses Budget gefährdet die Hochschulen und Studierenden!

Patricia G. studiert seit Wintersemester 2008 Bildungswissenschaften an der Uni Wien. Eigentlich sollte sie ihr Studium jetzt abschließen, doch leider wird sie das nicht schaffen. Sie arbeitet nebenbei 15 Stunden in einer Bäckerei als Verkäuferin, um sich das Studium zu finanzieren. Sie hat zwei Geschwister die ebenfalls studieren, ihre Eltern können ihr nur die Familienbeihilfe und € 150,- Unterhalt zahlen, gesamt stehen ihr € 770,- zur Verfügung. Sie hat keinen Anspruch auf ein Stipendium und ab 1. Juli verliert sie auch die Familienbeihilfe, da sie im März 25 Jahre alt wurde. Die Studienbedingungen in ihrem Studium sind äußerst schlecht, persönliche Betreuung gibt es de facto nicht. Viele ihrer Lehrveranstaltungen werden von externen LektorInnen abgehalten, die kein Büro an der Uni haben. Aufgrund der chronischen Unterfinanzierung der Universität werden auch zu wenige Seminare angeboten – ein weiterer Grund, warum sie nicht in der vorgesehenen Zeit fertig werden kann.

Von dieser katastrophalen Situation sind über 300.000 Studierende in Österreich betroffen, auch auf über 50.000 HochschulmitarbeiterInnen wirkt sich die chronische Unterfinanzierung stark negativ aus. 28.000 Studierende werden am 1. Juli die Familienbeihilfe und damit EUR 2.400,- pro Jahr verlieren.

- Österreich bekennt sich dazu, bis 2020 die Ausgaben für den Hochschulsektor auf 2 % des BIP zu heben, einen Finanzierungspfad dazu gibt es nicht. Die Universitäten erhalten nicht einmal genügend Geld, um den Status Quo aufrecht zu erhalten.
- Der OECD-Schnitt bei Ausgaben für höhere Bildung liegt bei 1,5 % des BIP, in Österreich sind es nur 1,3%.
- Eine vom Ministerium vertuschte Studie des IHS ergab, dass die Ausgaben pro StudentIn an der Vergleichsuniversität München um 40 %, an der Vergleichsuniversität Zürich um 120 % höher waren als an der Universität Wien.
- Bei den Technischen Universitäten ergab sich bei der TU Darmstadt ein 25 %-iger Unterschied, die ETH Zürich hat überhaupt das Vierfache an Mitteln pro StudentIn im Vergleich zur TU Wien.
- Um das Betreuungsverhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden auf internationale Standards zu heben, müssten die Zahl der ProfessorInnen verdreifacht, die der DozentInnen verdoppelt werden.
- Ministerin Karl will bis 2020 eine AkademikerInnenquote von 38 % unter den 30-34-Jährigen erreichen, derzeit stehen wir bei 22 % - Tendenz sinkend.
- Mehr als 60 % aller Studierenden arbeiten durchschnittlich 20 Stunden pro Woche, um sich ihr Studium zu finanzieren, viele leben weit unter der Armutsgrenze.

Es braucht ein Budget, das unsere Hochschulen und Studierenden sichert!

Dass die österreichischen Hochschulen dringend mehr Geld benötigen ist unumstritten. Um die 2 % des BIP zu erreichen, ergibt sich eine notwendige Steigerung des Hochschulbudgets in der Höhe von mindestens 500 Millionen Euro pro Jahr bis 2020. Die soziale Absicherung der Studierenden muss dringend durch eine Umstrukturierung und Mehrdotierung der Unterstützungssysteme gewährleistet werden. Ob Bildung ausreichend finanziert wird oder nicht, ist eine Frage der Prioritätensetzung.

Bildung ist der ausschlaggebendste Faktor für die Zukunft – von ihr hängen nicht nur die Einkommen der Einzelnen sondern auch Gesundheit und Demokratie ab. Österreichs Bildung ist ungerecht verteilt, sie ist nach wie vor vom Bildungsstand der Eltern und deren Geldbörse abhängig.

Mit der Einführung von Vermögenssteuern kann höhere Bildung ausfinanziert und ein doppelter Beitrag zur Verteilungsgerechtigkeit geleistet werden.